A1 – Von Schülern, die nichts wissen können: Bildungsungerechtigkeit in Brandenburg bekämpfen

Das Bildungssystem in Deutschland ist ungerecht. Das ist seit Jahren bekannt. Schule wird in der Gesellschaft schon lange als „der große Gleichmacher“ verstanden – ein Ort, wo nicht der Name, die Herkunft oder der Reichtum bestimmen, wie viel Erfolg man hat, sondern allein die eigene Leistung und die eigene Intelligenz (=Meritokratieprinzip -> engl. merit = Verdienst = Leistung + Intelligenz).

Dieses Bild von einer gerechten Schule steht allerspätestens seit den PISA & PISA-E Ergebnissen aus dem Jahr 2000 auf der Kippe, in der erstmals publik über Bildungsungerechtigkeit im Hinblick auf Status und Einkommen der Eltern, Geschlecht, und Migrationshintergrund der Kinder berichtet wurde.

Heutige Studien gehen davon aus, dass im schlimmsten Fall (Erklärung siehe unten) Kinder mit schwacher sozialer Herkunft bis zu viermal benachteiligter im Schulsystem sind als sozial starke Kinder – und das bei exakt gleichem Leistungsniveau.

Besonders stark ist dieser soziale Unterschied bei dem Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule. In Brandenburg haben wir ein sogenanntes „zweigliedriges Schulsystem“, also kommen SuS (Schülerinnen und Schüler) nach der sechsjährigen (in Ausnahmefällen auch vierjährigen) Grundschule entweder auf die Realschule (hierzulande „Oberschule“ genannt), wo einer von drei mittleren Schulabschlüssen mit oder ohne Qualifikation zum Abitur erworben werden kann oder auf das Gymnasium, wo der höchste mittlere Schulabschluss automatisch erworben wird und das Abitur quasi vorausgesetzt wird. Dass sozial benachteiligte Kinder hierbei viermal größere Gefahr laufen, niemals das Gymnasium zu besuchen, ist schon Problem genug. Wenn Studien jetzt jedoch noch belegen, dass zwischen den herkömmlichen Schulformen (Oberschule/Realschule & Gymnasium) nur etwa 7-9 % der Bildungsverläufe

diskontinuierlich sind, ist die Durchlässigkeit und die soziale Mobilität des Schulsystems aufgrund von Leistung lediglich eine Fantasiegestalt. In anderen Worten: Ist man einmal auf dem Gymnasium, ist man immer auf dem Gymnasium, und kam man nicht gleich aufs Gymnasium, kommt man nur schwer dort hin. Guckt man sich dann noch an, dass selbst von denjenigen SuS, die nach der 10. Klasse auf einer Realschule trotzdem noch eine Hochschulreife erreichen, viele „nur" das Fachabitur machen oder das Abitur anfangen und danach wieder abbrechen, dann entscheidet sich somit quasi bereits bei der Geburt zu einem wesentlichen Teil, ob man später studieren wird oder nicht.

Das ist so nicht länger hinnehmbar.

Wir als GRÜNE JUGEND Brandenburg fordern daher konsequentes Vorgehen gegen Bildungsungerechtigkeit im Brandenburger Schulsystem und bekennen uns daher zu folgenden Maßnahmen:

1. Länger gemeinsam lernen

Leistung braucht Zeit, um sich zu zeigen. Kinder bereits im prepubertären Alter danach einzusortieren, ob sie später studieren können werden, ist eine der modernen, heterogenen und vielfältigen Gesellschaft nicht mehr zumutbare Praxis, die der Vergangenheit angehören sollte. Wir fordern daher, das Schulsystem schrittweise so umzugestalten, dass Kinder bis zum mittleren Schulabschluss gemeinsam lernen und sich erst danach entscheiden soll, ob und in welcher Form sie eine Hochschulzugangsberechtigung erlangen sollen.

2. Frühkindliche Bildung stärken – insbesondere für Familien mit Migrationshintergrund

Kinder, die eine KiTa besuchen, können früher eingeschult werden. Kinder, die früh eingeschult werden, haben die besten Chancen auf eine erfolgreiche Bildungsbiografie. Leider sind die Hürden für arme Familien, insbesondere solche mit Migrationshintergrund, für eine KiTa-Anmeldung ihrer Kinder noch sehr hoch. Brandenburg hat ein, im deutschen Vergleich, gutes KiTa-Netz. Zwei beitragsfreie KiTa-Jahre und einkommensabhängige Beiträge für die Jahre, die bezahlt werden müssen. Das ist gut so. Wo die Infrastruktur da ist, muss sie jedoch auch genutzt werden: Familien mit Migrationshintergrund stehen vor hohen administrativen Hürden bei einer KiTa-Anmeldung und verdienen aktive Hilfe der Behörden bei der frühkindlichen Förderung ihres Nachwuchses. Verteilung von Infomaterial, übersetzte Websites, einfache Sprache, teils ausgefüllte Formulare, sogar Erklärvideos oder BehördenhelferInnen können die Chancen für benachteiligte Kinder in solchen Familien erhöhen. Im Idealfall fallen die Kosten für Kinderbetreuung im Land Brandenburg sogar ganz weg.

3. Proaktive Haushalts-, Betreuungs-, Erziehungs- und Gesundheitshilfen für Benachteiligte

Das Problem mit Hilfsangeboten ist oftmals nicht, dass es zu wenige gäbe, sondern dass sie nicht von denen angenommen werden, die sie wirklich brauchen. Privilegiert sein im Bildungssystem äußert sich auch darin zu wissen, wo es welche Hilfen für Probleme aller Art gibt. Extreme Bildungsarmut wird somit dadurch verstärkt, dass Hilfsangebote diejenigen, die in unserer Gesellschaft an den Rändern leben, überhaupt nicht erreichen (=Fahrstuhleffekt). Vom Staat organisierte proaktive Hilfe bei der Kindererziehung, der gesundheitlichen Versorgung junger Mütter und der Lösung von Problemen aller Art bis zum zweiten Lebensjahr des Kindes kann somit Brücken zwischen dem verzwickten Sozial- und Bildungssystem in Brandenburg und bedürftigen Familien hierzulande schlagen.

4. Kostenfreie Nachhilfe für benachteiligte Kinder

Schulische Misserfolge sind selten auf stabile, nicht-veränderbare und personenbezogene Merkmale attribuierbar und öfter das Ergebnis mangelnder Förderung, schulischer Rahmenbedingungen oder schlechten Unterrichts. Bildungsnahe Familien wissen sich daher in schwierigen Situationen zu helfen und nehmen früher, intensiver und langanhaltender Nachhilfeangebote für ihre Kinder in Anspruch. Hierbei ergeben sich für benachteiligte, bildungsferne und arme Familien einige Hürden: Eine Stunde Nachhilfeunterricht kostet bei „Schülerhilfe“ gern mal 24,12€; nimmt man also zweimal die Woche Nachhilfe kommen so im Monat schnell ~200€ Kosten auf eine Familie zu. Kostenlose Nachhilfeangebote sind rar und werden oft nur von den Schulen selbst angeboten; oft in großen Gruppen, die eher einer Hausaufgabenhilfe oder einer schlechten Ganztagsbetreuung ähneln. Staatlich subventionierte Nachhilfe, die proaktiv solchen Familien mit Bedarf und ohne geeigneten Finanzierungsmitteln angeboten wird, kann Kindern den Leistungsschub geben, den sie für ihren angestrebten Bildungsabschluss brauchen.

Fazit: Das Bildungssystem in Brandenburg ist ungerecht. Doch das muss es nicht bleiben. Soziale Ungerechtigkeiten zu überwinden, muss oberste Maxime einer leistungsbasierten Schule sein. Auf dass zukünftige Generationen nicht mehr nach ihrem Geburtsstatus, sondern nach ihren Potenzialen bewertet werden können.

Glossar

Meritokratie: Gesellschaftsform, bei der Macht und Ressourcen solchen Menschen zustehen, die sie sich durch ihren Verdienst und Leistung erarbeitet haben.

PISA/ PISA-E: Programme for international Student Assessment (+ Ergänzungsstudie): Studie, die die Leistung von SuS in mittlerweile 91 Ländern in den Bereichen Naturwissenschaften, Lesen, Mathematik und Problemlösen

misst. In Deutschland gibt es noch die PISA-E Studie, die die Ursachen dafür in den 16 Bundesländern ermittelt.

Migrationshintergrund: Unterschiedlich gemessen steht es hier für Kinder oder Enkelkinder von Menschen, die nicht in Deutschland geboren sind und in ihrem späteren Leben aufgrund von Flucht oder Umzug nach Deutschland kamen und nun ihre Kinder hier zur Schule schicken. Menschen mit Migrationshintergrund können die deutsche Staatsbürgerschaft haben.

Schulabschlüsse:

> Mittlere Schulabschlüsse (Auswahl):
>
> Mittlerer Schulabschluss (MSA): Nach 10 Jahren im Schulsystem, bestandenen MSA-Prüfungen, mindestens 2 Hauptfächer auf erweitertem Niveau, 3 Leistungskursen, keiner Zeugnisnote unter 4,0, Gesamtnotendurchschnitt insgesamt von 3,0 und kein Haupt-/Leistungskursfach schlechter als 3,0. Am Gymnasium erhält man den MSA automatisch, wenn man die 10. Klasse besteht. Berechtigt zum Abitur und zu allen Ausbildungsformen, die das Abitur nicht voraussetzen.
>
> Höhere Schulabschlüsse:
>
> Fachabitur: Berechtigt zum Hochschulstudium in einem bestimmten Fach. Meistens 2 Jahre an einem Oberstufenzentrum mit erheblichem Praxisanteil, anschließend Fachabiturprüfungen. Beispiel: Fachabitur für Soziales; halbes Jahr Praxis in einem Kindergarten. Anschließend Studium der Sozialen Arbeit.
> Abitur: Höchster der Brandenburger Schulabschlüsse. Gleichwertig mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung. Wird häufig an Gymnasien oder Oberstufenzentren (OSZ's) erworben. Berechtigt zum Studium aller Fächer an allen deutschen Hochschulen. 2 Jahre Dauer, gegebenenfalls mit einem „Aufholjahr" (Abitur mit 13 Schuljahren). Zum Schluss müssen Abiturprüfungen abgelegt werden.

„Der schlechteste Fall": In Deutschland ist, je nach Metrik und je nach beobachtbaren Kriterien, am schwersten von der Bildungsungleichheit/-ungerechtigkeit betroffen, wer in einem Haushalt ohne Migrationshintergrund lebt, ein Monatsnettohaushaltseinkommen von unter 2600€ verdient, zwei Eltern hat und keines der Eltern über ein Abitur verfügt. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Kind unter diesen Bedingungen ein Gymnasium besucht, liegt nur bei 21,1%. Die besten Chancen auf ein Abitur hat ein Kind aus einem Haushalt mit Migrationshintergrund, in dem beide Eltern ein gesamtes Monatsnettohaushaltseinkommen von mind. 5500€ verdienen und beide Eltern ein Abitur haben. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Kind unter diesen Umständen ein Gymnasium besuchen wird, liegt bei 80,6%. Der Gesamtdeutsche Durchschnitt liegt bei 38,5%. (Quelle: ifo-Institut, 2023 „Chancenmonitor")

diskontinuierlich: nicht gleichförmig, uneben, nicht geradlinig, mit Schwankungen

Ungleichheit vs. Ungerechtigkeit: Ungleichheit ist eine einfache Bewertungsmetrik zwischen zwei Einheiten nach einer vorher festgelegten Kategorie. Das Gymnasium und die Hauptschule sind ungleich, da in dem einen das Abitur abgelegt werden kann und in dem anderen nicht. Ungleichheit ist im deutschen Bildungssystem gewollt, auch wenn man sich darüber streiten kann. Ungleichheit ist somit kein Maßstab für Unfairness; sie ist (leider) natürlich. Ungerechtigkeit hingegen ist ungewollt. Wir wollen, dass wir SuS nur anhand ihrer Leistungen bewerten und gute, intelligente und leistungsbereite SuS bspw. einen hohen Schulabschluss erlangen, gute Noten bekommen oder Stipendien erhalten. Ungerecht wäre hier z.B., wenn ein Kind mit einer armen, alleinerziehenden Mutter kein Stipendium bekommt, weil die Stipendienkommission sagt: „Der Schüler hat so wenig Rückhalt zuhause, der schafft das Studium eh nicht." Obwohl der Schüler vielleicht die nötigen Noten aufweisen kann.

Durchlässigkeit/soziale Mobilität: Ein Maß dafür, wie starr die sozialen Verhältnisse in einer Gesellschaft liegen. Ist die soziale Mobilität groß/ herrscht eine große Durchlässigkeit vor, werden gesellschaftliche Güter (Bildungsabschlüsse, gut bezahlte Jobs, Macht, Geld, Wissen) einzig und allein aufgrund des Leistungspotenzials eines Individuums verteilt (=Meritokratie). Ist die soziale M. niedrig bzw. herrscht eine geringe D. vor, werden diese sozialen Güter allein aufgrund der Geburt verteilt (=z.B. Aristokratie, Herrschaft des Adels).

KiTa: „Kindertagesstätte" – Kinderbetreuungsmöglichkeit von 0-2 Jahren (="Kinderkrippe") und 2-5 Jahren (="Kindergarten"). Anschlussmöglichkeiten im „Hort", meist bis zur vierten Klasse.

Infrastruktur: Notwendiger wirtschaftlicher und organisatorischer Unterbau als Voraussetzung für die Versorgung und die Nutzung eines bestimmten Gebiets, für die gesamte Wirtschaft eines Landes. Hier im übertragenen Sinne.

administrativ: Die Verwaltung betreffend, verwaltend.

Fahrstuhleffekt: Gesellschaftstheoretischer Effekt, wonach sozialer Wandel oftmals sowohl armen, mittelständischen und reichen Familien gleichermaßen zugunsten geht, obwohl man eigentlich nur den Armen helfen wollte. Die Reichen und Mittelständler fahren somit „im Fahrstuhl mit", obwohl sie den gar nicht gerufen haben/ gar nicht bräuchten.

Brennpunktschule: In neuerer Zeit kontrovers diskutierter Begriff. Gemeint sind vornehmlich Schulen am Rand von Großstädten (also urbane Schulen), deren Einzugsgebiete von Segregationsprozessen (also Ausgrenzungsprozessen) bedroht sind. Besonders ausgegrenzt sind typischerweise Gruppen von armen Menschen, besonders alten oder besonders jungen Menschen und Menschen

mit Migrationshintergrund. Kritisch betrachtet wird der Begriff insbesondere deshalb, weil er den Eindruck erwecken kann, dass Schulen „im Brennpunkt“ liegen, weil es Schuld von Eltern, Schülern und Lehrkräften sind; der Brennpunkt somit „natürlich“ gewachsen, daher nur schwer veränderlich und evtl. als „verdient“ betrachtet wird. Familien in Brennpunktvierteln und -schulen können sich ihren Wohnort jedoch nicht frei aussuchen, etwa aufgrund höherer Mieten in „besseren“ Vierteln.

liberal: Die Freiheit betreffend. Fokus liberaler Politik liegt darauf, Personen, BürgerInnen und Menschen möglichst viel persönlichen Entscheidungsspielraum in ihrem Leben zu ermöglichen.

Besoldung/ Sold: Vom lat. Wort „sal“ (dt.= „Salz“) Aufwandsentschädigung/ Lohn für Beamte, Richter, Soldaten und Menschen in öffentlichen Ämtern. Anderes Wort für „Gehalt.“. Im antiken Rom wurde ein Teil des Militärlohns in Salz bezahlt. Daher auch „Sol-dat“ (=der, der in Salz bezahlt wird).

attribuierbar: Das Attribut/ die Eigenschaft betreffend. Zuweisbar, anwendbar, darauf beziehbar.